



Deutscher
BundeswehrVerband

**Landesverband NORD
Kameradschaft ehem. Soldaten/
Reservisten/ Hinterbliebene
Rotenburg (Wümme)**

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Uwe Stark
Hausstelle 5a
28879 Grasberg, den 24. Juli 2013

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!
Sehr geehrte Frau Dr. Merkel!

Erlauben Sie mir zuerst eine persönliche Vorstellung. Mein Name ist Uwe Stark ich bin seit 31.03.2006 Stabsfeldwebel im Ruhestand, zusätzlich leiste ich weiter Dienst im Bereich der zivil militärischen Zusammenarbeit als Oberstabsfeldwebel der Reserve im Landeskommmando Niedersachsen Dienst für unseren Staat.

Seit April 2006 bin ich Vorsitzender der Kameradschaft der Ehemaligen, Reservisten und Hinterbliebenen (KERH) im Deutschen BundeswehrVerband (DBwV) im Altkreis Rotenburg (Wümme) Nds.. Ich vertrete ca. 212 Mitglieder. Es handelt sich dabei überwiegend um ehemalige Berufssoldaten, die zwischen 30 und 40 Jahre ihren Dienst für unser Vaterland treu geleistet haben. Gemeinsam mit Familienangehörigen handelt es sich dabei um mehr als *tausend* Wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger.

Leider vergeht keine Mitgliederversammlung, in der ich als Vorsitzender nicht auf das Thema **der Bearbeitungszeiten in der Beihilfe** angesprochen werde. Ich habe Kenntnis von einem Berg an Beschwerdebriefen bei den Landesvorsitzenden und in den Bundesgeschäftsstellen des DBwV.

Als Beihilfeberechtigte haben wir den Status eines Privatpatienten, was vielfach fälschlicherweise als Privileg gesehen wird.

Damit ist verbunden, dass wir die Kosten, die durch Krankenhausaufenthalte, Arztbesuche bzw. durch den Kauf von Medikamenten entstehen, vorzustrecken haben, bevor der Staat die Beihilfe (50-80%) und die private Restkostenversicherung ihren Anteil bezahlt.

Da wir meist über 60 Jahre alt sind, und im Alter das Kranksein zunimmt, müssen viele von uns erhebliche Kosten vorstrecken. Das kann man für einen Zeitraum von 4 Wochen vielleicht einmal regeln, weil auch das Zahlungsziel häufig so ausgestaltet ist.

Wenn sich aber die Zahlung der Beihilfe durch den Staat in der Art verzögert, führt dies bei vielen finanzschwachen Beihilfeempfängern zu finanziellen Notlagen.

Wir bekommen keine Antworten auf unsere Fragen, mancher sitzt auf Verbindlichkeiten im vierstelligen Bereich und bekommt Mahnungen. Alleine schon das Gefühl, „**Schulden**“ nicht bezahlen zu können, ist erniedrigend und bringt viele treue Staatsbürger in Gewissensnöte. Viele sehen auch von dringend erforderlichen Arztbesuchen ab, um sich nicht den beschämenden Fragen nach der offenen Rechnung aussetzen zu müssen.

Das „**Beihilfe-Chaos**“ bringt meine Mitglieder in schwere – vor allem finanzielle - Not, die ich hier plakativ kurz aufzeigen will:

- **Konten müssen überzogen und dafür Zinsen gezahlt werden.**
- **Viele wissen einfach nicht, wie sie mit den vielen Mahnungen umgehen sollen.**
- **Wiederum andere gehen nicht mehr zum Arzt, weil sie Rechnungen vermeiden wollen**
- **Viele auf Medikamente Angewiesene können ihre Rezepte nicht mehr bezahlen**
- **Ein großer Teil leiht sich Gelder oder muss gar einen Kredit aufnehmen, wobei es häufig um viele tausend Euros geht.**

Eine nicht unerhebliche Anzahl meiner Mitglieder hat der Bundesrepublik Deutschland Summen die den Betrag der monatlichen Versorgungsbezüge bei weitem überschreiten vorgestreckt. Die Betroffenen können nicht mehr ruhig schlafen, können Sie das?

Dies ist ein untragbarer und höchst beschämender Zustand.

Im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr wird die Bearbeitung der Beihilfeanträge an das Bundesfinanzministerium und das Bundesinnenministerium übertragen. Hier scheinen durch die Organisation Fehler gemacht worden zu sein.

Ich betrachte das Ergebnis, und das heißt: Beihilfeberechtigte warten z.T über 8 bis 10 Wochen auf tausende von Euro's. Sie warten auf Leistungen des Staates, auf die sie Anspruch haben.

Seitens des BMVg wurden in den vergangenen 12 Monaten immer wieder Maßnahmen angekündigt, um die Bearbeitungszeiten zu verkürzen. Alle Maßnahmen haben bis heute nicht gegriffen. Im Gegenteil: viele Kameraden warten heute länger als Anfang des Jahres.

Verteidigungsminister de Maiziere hat Mitte Juni einen Befreiungsschlag angekündigt. Seine Absicht verstehen Soldaten als Auftrag, - als einen Auftrag, der umzusetzen ist – ohne wenn und aber.

Auf die Umsetzung warten wir heute noch.

Dieser Auftrag wird anscheinend von unterschiedlichster Seite torpediert. Der Minister ist in der Zwischenzeit unglaublich geworden, das hat er trotz aller Pannen in seinem Ministerium nicht verdient.

Und schlimmer: wir haben gehört, dass dieser Befreiungsschlag nicht kommen wird, weil die Bürokraten des Bundesfinanzministerium und das Bundesinnenministerium den politischen Willen des Verteidigungsministers nicht umsetzen wollen.

Ein Staatssekretär der medial äußert „Wir nehmen die Kritik sehr ernst“, Maßnahmen verspricht, die nicht eingehalten werden, die völlig wirkungslos verpuffen oder, wie geschehen, die Situation noch verschlimmern. Wieso finden Absprachen erst dann statt, wenn unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten offen zu Tage treten (siehe ungeprüfte Auszahlungen)?

Die Situation in der Beihilfebearbeitung ist ein Skandal und nicht länger hinnehmbar. Unsere Beschwerden bei den zuständigen Bearbeitungsstellen werden entweder ignoriert oder beschwichtigend abgewimmelt. Die Briefe an unsere Bundestagsabgeordneten werden erfreulicherweise noch beantwortet, der Inhalt dieser Briefe ist aber gleichgeschaltet und besteht aus vielen Textbausteinen der Antworten aus dem BMVg, die das Problem anschaulich schildern und eine Anzahl von eingeleiteten – *leider völlig wirkungslosen* – Maßnahmen beschreiben. Die Situation hat sich leider nicht geändert. Es ist für uns unerträglich, nachdem wir über Jahrzehnte treu gedient haben, uns jetzt am ausgestreckten Arm der Bürokratie verhungern zu sehen.

Ich werde in meiner Mitgliederversammlung im August genau auf diese Misere hinweisen und die (Nicht) Aktivitäten des Verteidigungsministers und der neu hinzugekommen Ministerien darstellen (verharmlosen, verleugnen, Maßnahmen ankündigen die nicht wirken oder noch viel schlimmer ankündigen und nicht umsetzen)

Als ehemalige Soldaten und Mitglieder im DBwV sind wir bis heute ruhig geblieben und haben auf die Regelungskraft des Staates sowie dem Versprechen der Verantwortlichen vertraut.

Trotzdem vertreten viele unserer Mitglieder die Auffassung, dass es unverschämt seitens der Dienstherrn ist, mit seinen Untergebenen und auch mit seinen Ehemaligen, auf diese Art und Weise umzugehen. Fürsorge steht heute offensichtlich nicht mehr im Pflichtenheft des BMVg.

Meine Kameraden und ich haben unseren Dienst treu geleistet. Wir haben auf das gegenseitige Treueversprechen, das wir mit unserem Eid zugesagt und durch unseren Dienst erfüllt haben, vertraut. Wir erwarten, dass die Fürsorge des Staates auch über das Dienstzeitende hinaus wirkt.

Da jetzt drei Ministerien betroffen sind, bleibt nur noch eine Chance:
Sie als Kanzlerin müssen handeln!

Werte Frau Bundeskanzlerin, das Problem ist meiner Ansicht nach „Chefsache“, bitte handeln Sie, meine Mitglieder und ich werden es Ihnen danken.

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel machen sie den Verantwortlichen Mut, politisch zu Handeln.
Haben sie selbst den Mut dazu.

Sie helfen den Beihilfeberechtigten, die heute warten.

Sie helfen den Beihilfebearbeitern, die nicht mehr wissen, wie sie den Berg an Arbeit, der trotz Überstunden wächst, abarbeiten sollen.

Sie helfen den Familien von Soldaten und ehemaligen Soldaten, indem sie deutlich machen: staatliche Fürsorgeverpflichtung endet nicht mit dem Dienstzeitende.

Unseres Erachtens hilft nur, die Absicht des Verteidigungsministers jetzt umzusetzen, dann ist das Problem innerhalb von 4 Wochen – und damit vor der Wahl – gelöst.

Mit freundlichen Grüßen